



## **Pensionsvorsorge: „Schlechte, ungewöhnliche Art des Sparens“**

**17.10.2019 – Ungleiche Vermögensverteilung und eine schlechte Form des Sparens seien**

**Gründe für eine große Versorgungslücke, die es zu schließen gilt, so ein Experte beim Institutionellen Altersvorsorge Herbstdialog. In der anschließenden Diskussion herrschte Einigkeit, dass die staatliche Säule nicht in Frage gestellt wird, es gebe allerdings Handlungsbedarf für die Politik.**

„Eine große Vorsorgelücke“ ortete Marcel Fratzscher, Professor für Makroökonomie an der Berliner Humboldt-Universität und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, in seinem Vortrag beim gestrigen Institutionellen Altersvorsorge Herbstdialog in Wien.

Eine der Ursachen dafür sei die Vermögensverteilung. So hätten 40 Prozent der Deutschen keine privaten Ersparnisse und keine private Vorsorge; in Österreich sei die Situation ähnlich. „Kaum ein Land hat einen so großen Anteil an Menschen ohne Vermögen“, so Fratzscher. Negativ wirke sich aus, dass mehr als die Hälfte des Vermögens der Deutschen nicht durch Arbeit, sondern durch Erben oder Schenken erworben wurde. Dazu kämen niedrige Vermögenssteuern bei gleichzeitig hoher Besteuerung der Arbeit. Den Menschen werde damit signalisiert, dass sich Arbeit nicht lohne.

### **Herausforderungen für Altersvorsorge**

Ebenso wirke sich die „schlechte, ungewöhnliche Art des Sparens“ in Deutschland und Österreich negativ aus. In beiden Ländern würden die Menschen vor allem auf Sparbücher setzen; es gebe eine geringe Aktienquote, private Rentenfonds seien wenig verbreitet und die Eigenheimquote niedrig.

Auch die vergleichsweise geringe Progression des Steuersystems – bei kumulativer Betrachtung der Belastung durch Einkommensteuer, indirekte Steuern und Sozialbeiträgen – trage zur Problematik bei.

Und schließlich erwähnt Fratzscher auch den Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern, der dann auch zu Unterschieden in der Pension führe. Alles in allem gehe es daher um die Frage, wie für einen großen Teil der Gesellschaft die Vorsorge verbessert werden kann.

### **„Betriebliche Zusatzpensionen sichern Lebensstandard“**

Im anschließenden Impulsvortrag betonte Stefan Pichler vom Fachverband der Pensionskassen die Funktion der ersten Säule als Existenzsicherung; allerdings verschlechtere sich die Relation der Beitragszahler zu den Pensionisten ständig.

Im Budget 2019 seien 13,2 Prozent für Pensionsaufwendungen und 11,9 Prozent für Beamtenpensionen vorgesehen – insgesamt werde damit mehr als ein Viertel des Budgets für Pensionszahlungen verwendet.

Betriebliche Zusatzpensionen würden mit einem durchschnittlichen Betrag von 474 Euro pro Monat den Lebensstandard ihrer Bezieher sichern und darüber hinaus Kaufkraft schaffen sowie Arbeitsplätze sichern.

Pichler erneuerte auch die Forderung der Pensionskassen an die kommende Regierung – die steuerliche Absetzbarkeit von Arbeitnehmerbeiträgen und von Beiträgen des Arbeitgebers für sich

Im anschließenden Experten-Roundtable unter der Moderation von Thomas Wondrak, Inhaber des *BAV*-Beratungsunternehmens „[Konsequent Wondrak](#)“, ging es um die Frage, wie nach der jüngsten Nationalratswahl Weichenstellungen für „eine kluge *BAV*-Politik“ aussehen könnten.

Die Politik verspreche zwar, dass die Pensionen sicher seien, sage aber nicht, wer sie bezahlen soll, ist Frantzscher überzeugt: „Die Politik muss den Menschen reinen Wein einschenken.“ Eine verpflichtende zweite Säule befürworte er aber nicht, besser wären steuerliche Anreize.

Dass das Pensionssystem nicht so bleiben kann, wie es ist, sieht auch der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Andreas Hanger so. Seine Partei unterstütze deshalb die Forderungen der Pensionskassen.

Gerald Loacker, Sozialsprecher der Neos, erinnerte daran, dass es seit 2017 eine Pensionskommission geben sollte, die die Pflicht hätte, jährlich einen Bericht zu erstellen – nur: Die Kommission gebe es bisher nicht.

## **Staatliche Pension unumstritten**

„Wir stehen zur staatlichen Pensionssäule“, sagte Josef Muchitsch, SPÖ-Nationalratsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz. Sie sei das Fundament im Kampf gegen Altersarmut, man solle den Menschen nicht Angst machen und die drei Säulen gegeneinander ausspielen.

Frantzscher sieht für das Umlageverfahren aber sowieso einen breiten gesellschaftlichen Konsens, und auch Loacker betont, dass daran „nicht zu rütteln“ sei. Es gebe keinen Wunsch nach einem Eingriff in die staatliche Pension, so die einhellige Meinung der Teilnehmer, es gehe nur um deren Ergänzung.

Dass niemand die staatliche Säule in Frage stellt, betonte auch Martin Sardelic, *CEO* der [Valida Holding AG](#). Man wisse um ihre Bedeutung, es gehe aber um ihre Leistungsfähigkeit in der Zukunft. Nötig seien Rahmenbedingungen, damit der Generationenvertrag außer Streit bleibt.

Muchitsch ergänzte: „Wir können die staatliche Pensionssäule sichern, wenn wir es wollen.“ Er spricht sich aber für eine Weiterentwicklung aller drei Säulen aus. Das Umlageverfahren sei wichtig, niemand wisse allerdings, wie die Situation in 20 oder 30 Jahren sein werde.

## **Dauerthema Pensionsantrittsalter**

Basis für ein stabiles Pensionssystem sei das Heranführen des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche, so Hanger. Er gab aber zu bedenken, dass „die Menschen gesund sein müssen, wenn wir wollen, dass sie länger arbeiten“.

Je länger jemand imstande ist, zu arbeiten, desto mehr solle er davon haben, forderte Muchitsch. Das Pensionssystem müsse unterscheiden zwischen Schwerarbeitern, Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Gesunden, für die ein höheres Pensionsantrittsalter denkbar sei.

Die kurz vor der Wahl beschlossene Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Pension gehen zu können, verteidigte Muchitsch. Es handle sich dabei nicht um eine Herabsetzung des Pensionsantrittsalters, es gebe „nur 3.000 Fälle im Jahr“ und darüber hinaus seien diese Menschen „Nettozahler ins Pensionssystem“.

Für eine raschere Angleichung des Frauenpensionsalters an das der Männer sprach sich Loacker aus. Außerdem müssten Anreize geschaffen werden, Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Und Wer früher in Pension gehe, beziehe sie genau um diesen Zeitraum länger. Das müsse sich in der Pensionshöhe niederschlagen.

## **Beschäftigung zentral für stabiles Pensionssystem**

Zur Frage, wie ein stabiles Pensionssystem aussehen könnte, warnte Fratzscher davor, die Beiträge zu stark anzuheben – es gehe um eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung. Wichtig sei das „Konzept Eigenverantwortung“, das größte ungehobene Potenzial sieht er in einer stärkeren Beschäftigung von Frauen.

Das „Um und Auf“ sowohl für staatliche als auch für private Pensionen sei die Beschäftigung, so auch Muchitsch. Menschen dürften nicht beim Arbeitsmarktservice „geparkt“ werden. Insbesondere müsse in die Generation „50 plus“ investiert werden, die Menschen sollten vom Leistungsempfänger wieder zum Beitragszahler werden.

[Marius Perger](#)